



Solidarisch

Gewalt hat den Protest von Zehntausenden gegen G20 in Hamburg in den Medien überlagert. Der wirkliche Widerstand, die Demonstrationen und Blockaden, muss im Mittelpunkt stehen. Von Florian Wilde

SEITEN 12/13

SI EHE AUCH SEITEN 2, 4, 8, 15

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 21. JULI 2017 · NR. 167 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Amoklauf

Die Staatsmacht nutzte den 22. Juli 2016 für eine überdimensionierte Einsatzübung in München

3

Allianz

Israels Staatschef Netanjahu war zu Besuch bei seinem Amtskollegen Orbán in Budapest

6

Ausbeutung

Südkoreas Präsident will Wochenarbeitszeit auf 52 Stunden reduzieren. Unternehmer sind dagegen

9

Arbeiterbewegung

Manchester hat jetzt eine Friedrich-Engels-Statue. Sie wurde aus der Ukraine herangeschafft

11

Berlin macht Ernst

Wenn die Türkei sogar Daimler und BASF als Terrorunterstützer listet, hört der Spaß auf. Aber der Flüchtlingspakt bleibt erst mal. Von Claudia Wangerin

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (Juli 2015)



MICHAEL KAPPELER/DPA/JW

Kaum hat die türkische Regierung nach Journalisten und Menschenrechtlern auch deutsche Großunternehmen wie Daimler und BASF auf eine Liste mutmaßlicher Terrorunterstützer gesetzt, ist für Bundesaußenminister Sigmar Gabriel vielleicht doch Schluss mit lustig. Wie der SPD-Politiker am Donnerstag mitteilte, werden nun die staatlichen Kreditgarantien für Geschäfte deutscher Firmen in der Türkei überprüft. »Man kann niemandem zu Investitionen in ein Land raten, wenn es dort keine Rechtssicherheit mehr gibt und sogar Unternehmen, völlig unbescholtene Unternehmen, in die Nähe von Terroristen gerückt werden«, erklärte Gabriel nach einem Bericht der *Deutschen Presseagentur*. Mit sogenannten Hermes-Bürgschaften sichert der deutsche Staat Auslandsgeschäfte von Unternehmen gegen Ausfälle ab. Das scheint ihm jetzt im Fall der Türkei zu riskant zu werden: Es gebe schon Bei-

spiele von Enteignungen, so Gabriel. Er könne sich auch keine Ausweitung der EU-Verhandlungen mit der Türkei über eine Zollunion vorstellen.

Nach einem Bericht der *Zeit* am Mittwoch hatte die türkische Regierung dem Bundeskriminalamt (BKA) eine Liste mit angeblichen Terrorunterstützern zukommen lassen – insgesamt 68 Unternehmen und Einzelpersonen, darunter Daimler und BASF, aber auch ein Spätkaufimbiss und eine Dönerbude in Nordrhein-Westfalen. Die genannten Firmen haben angeblich Verbindungen zur Bewegung des Predigers Fethullah Gülen – der frühere Verbündete des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan lebt in den USA und wird von Ankara für den gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 verantwortlich gemacht.

Nach einem Bericht der *Bild*-Zeitung hat Erdogan der Bundesrepublik bereits vor Wochen angeboten, den

deutsch-türkischen *Welt*-Korrespondenten Deniz Yücel gegen zwei nach Deutschland geflohene Exgeneräle der türkischen Armee auszutauschen. Gabriel sagte allerdings am Donnerstag, er kenne »kein offizielles Tauschangebot«. Ein entsprechender Schriftverkehr oder Anruf sei ihm nicht bekannt. Nach einem Bericht von *Spiegel online* am Donnerstag »soll« Erdogan Gabriel den Austausch im persönlichen Gespräch diskret unterbreitet haben. Laut *Bild* hatte ein Sprecher des Außenamts am Mittwoch erklärt: »Auf so einen Handel können wir uns natürlich nicht einlassen.« Als Reaktion auf die Verhaftung der deutschen Menschenrechtlers Peter Steudtner in der Türkei sollen laut Gabriel die Reisehinweise des Auswärtigen Amts für das Land verschärft werden.

Das türkische Außenministerium wies Kritik an Steudtners Inhaftierung als »beispielhaft für diplomatische Unhöflichkeit« zurück. Die Bundesregie-

rung versuche Einfluss auf die »unabhängige türkische Justiz« zu nehmen, teilte es am Donnerstag in Ankara mit.

Ein Ende des sogenannten Flüchtlingspakts mit der Türkei ist derzeit nicht in Sicht. Die EU überweist Ankara bis zu sechs Milliarden Euro, um mit Hilfe der türkischen Küstenwache bis zu drei Millionen Geflüchtete von Europa fernzuhalten und in der Türkei mit dem Nötigsten zu versorgen. Als wirksames Druckmittel gegenüber Ankara sieht die Bundesregierung ein Ende des seit März 2016 geltenden Abkommens nicht – schließlich kämen die Gelder den Schutzsuchenden zugute, so die gängige Argumentation.

Der außenpolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, sieht das anders: »Erdogan meint, er könne uns nach Lust und Laune erpressen. Wenn wir aus seinen Fängen entkommen wollen, müssen wir den Flüchtlingspakt aufkündigen«, sagte er der *Heilbronner Stimme* vom Donnerstag.

US-Präsident distanziert sich von Justizminister

Washington. US-Präsident Donald Trump rückt von seinem Justizminister Jefferson Sessions ab. Dieser hätte sich in der Affäre um vermeintliche Russland-Kontakte von Trumps Umfeld niemals für befangen erklären und von dem Fall zurückziehen sollen, sagte Trump der *New York Times* vom Mittwoch. »Und wenn er sich für befangen gehalten hat, hätte er mir das sagen sollen, bevor er sein Amt antritt – dann hätte ich einen anderen ausgesucht.« Sessions hatte im März kurz nach seiner Ernennung erklärt, er werde sich aus den Ermittlungen rund um mutmaßliche Russland-Kontakte des Trump-Teams während des Präsidentschaftswahlkampfes heraushalten. Zuvor war bekannt geworden, dass der Republikaner bei einer Anhörung nicht angegeben hatte, sich 2016 mit dem russischen Botschafter Sergej Kisljak getroffen zu haben. (Reuters/JW)

Schorndorfer Polizei korrigiert Falschmeldung



Schorndorf/Stuttgart. Die Polizei (im Bild: Roland Eisele, der Polizeipräsident in Aalen), hat ihre Falschmeldung zu den Vorfällen auf dem Schorndorfer Volksfest eingeräumt. Am Wochenende war zunächst von »massiven« Gewalttätigkeiten gegen Polizisten und Frauen die Rede. In der Nacht zu Sonntag stand eine Gruppe von etwa 100 jungen Erwachsenen der Polizei feindselig gegenüber, nicht 1.000 Menschen, wie polizeilich angegeben worden war. Aus dieser Gruppe habe es »massive Flaschenwürfe« auf die Beamten gegeben. Der Bürgermeister des Ortes hatte am Dienstag im ZDF von zwei Biertrinkern gesprochen. In der offiziellen Korrektur der Polizei vom Donnerstag heißt es weiter, die ursprüngliche Mitteilung über »bis zu 1.000« junge Aufständische aus Asien habe zu der Fehlinterpretation geführt, dass eine Gruppe an allen geschilderten Taten beteiligt gewesen sei. Insgesamt wurden während der »Schorndorfer Woche« 53 einzelne Straftaten angezeigt. (dpa/JW)

CIA-Waffenlieferungen nach Syrien gestoppt

US-Präsident soll geheimes Programm zur Aufrüstung von Regierungsgegnern beendet haben

US-Präsident Donald Trump hat das Ende des verdeckten Unterstützungsprogramms des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA für Kämpfer in Syrien angeordnet. Die Entscheidung sei bereits vor einem Monat getroffen worden, berichtete die Zeitung *Washington Post* am Mittwoch unter Berufung auf namentlich nicht genannte Regierungskreise.

Das verdeckte CIA-Programm war 2013 offiziell von US-Präsident Barack Obama gebilligt worden. Vermutlich hatte es aber schon Ende 2011 und

spätestens Anfang 2012 begonnen, wie die *New York Times* im März 2013 nach einer Langzeitstudie berichtet hatte. Damals waren Waffen und Kämpfer von Libyen über den Seeweg in die Türkei geschmuggelt worden, von wo sie – unter den Augen der CIA – nach Syrien gelangten.

Seit Anfang 2012 wurden die Waffen nachweislich auf dem Luftweg von Katar und Saudi-Arabien und von Kroatien nach Ankara und Amman transportiert, von wo sie ins jeweilige Grenzgebiet gelangten. CIA-Agenten halfen demnach arabischen Partnern

beim Kauf der Waffen und bei deren Verteilung an ausgewählte Kämpfer in Syrien.

Bei mehr als 160 Militärtransportflügen seien zwischen Anfang 2012 und Anfang 2013 mindestens 3.500 Tonnen Waffen und Munition geliefert worden, erklärte damals Hugh Griffiths vom Internationalen Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI). »Dichte und Anzahl dieser Flüge deuten auf eine gut geplante und koordinierte geheime militärische Logistikoperation hin.« Wiederholt waren die Waffen in die Hände von Kämpfern

der mit Al-Qaida verbündeten Al-Nusra-Front und des »Islamischen Staates« gefallen.

Die Anordnung Trumps betrifft nicht die Soldaten, die unter Kommando des Pentagons mit der »Anti-IS-Allianz« im Nordosten Syriens kooperieren. Die Syrisch-Demokratischen Kräfte und die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG werden laut türkischer Nachrichtenagentur *Anadolu* direkt von mittlerweile zehn US-Militärbasen versorgt, die die US-Armee völkerrechtswidrig auf syrischem Territorium errichtet hat. Karin Leukefeld

jW wird herausgegeben von
2.061 Genossinnen und
Genossen (Stand 7.7.2017)
www.jungewelt.de/lpg

